Anlage 2:

Zusammengefasstes Prüfergebnis

- Ab dem Beginn der Wahlperiode 2019 2024 demnach dem 2. HJ 2019 ist der Stadtrat der Stadt Dessau-Roßlau durch 50 Stadträte vertreten. Diese haben sich in 7 Fraktionen organisiert.
- 2. Es haben sich die Fraktionen
 - CDU.
 - Die Grünen, FDP, Neues Forum Bürgerliste als eine Fraktion,
 - AfD,
 - Die Linke,
 - SPD.
 - Pro Dessau-Roßlau und
 - Freie Fraktion

gebildet.

- 3. Für das 2. HJ 2019 standen den Fraktionen planmäßig im Haushaltsansatz insgesamt Fraktionsmittel in Höhe von 141.000,00 EUR zur Verfügung. Im Ergebnis wurden jedoch 159.805,62 EUR satzungsgemäß überwiesen, d.h. es waren Mehraufwendungen in Höhe von 13,3% (18.805,62 EUR) erforderlich. Begründet sind diese Mehraufwendungen u.a. durch die Erhöhung der Anzahl der Fraktionen von 6 in der vergangenen Wahlperiode auf nunmehr 7.
- 4. Im Prüfergebnis ist u.a. festzustellen, dass 4 Fraktionen das ihnen zugewiesene Budget zu Lasten des HHJ 2020 überzogen haben. Die Ursachen dafür liegen im Wesentlichen begründet in:
 - Weniger Zuweisung aufgrund nunmehr geringerer Mitgliederstärke der Fraktion
 - Mehraufwendungen durch Einrichtung neuer Fraktionsbüros (in 2 Fällen)
 - Erhöhte Personalkosten durch Falschberechnung des AG-Anteils an den Sozialversicherungsbeiträgen
 - Nicht zuwendungsfähige Ausgaben
- 5. Nichtanerkennungsfähige Ausgaben wurden insgesamt in Höhe von 719,04 EUR ermittelt. Davon betrafen 11,70 EUR Mahngebühren/Säumniszuschläge, 26,00 EUR die unrechtmäßige Übernahme von gebührenpflichtigen Auskünften für entgeltliche Gremientätigkeit, 109,00 EUR für Reparaturleistungen, welche in der "alten" Wahlperiode abzurechnen gewesen wären und 572,34 EUR für zu viel entrichtetes Entgelt für eine Fraktionsmitarbeiterin. Diesbezüglich hat die Fraktion unrechtmäßig die gem. Entschädigungssatzung zu zahlenden Personalkosten "aufgerundet", ohne das bekannte Besserstellungsverbot zu beachten. Diese Verfahrensweise läuft den rechtlichen Bestimmungen zuwider. Die Mehrleistungen hat die Fraktionsmitarbeiterin zwingend zurückzuzahlen.
- 6. Die nichtverbrauchten Mittel betragen insgesamt 6.680,87 EUR und wurden bereits durch die Fraktionen an die Stadtkasse zurückgezahlt.

Weitere wesentliche Feststellungen waren nicht zu treffen.